

Musterrede zur Landespolitik

2. Februar 2010

**Musterrede zur Landespolitik
CDU Nordrhein-Westfalen**

Begrüßung / Worum es bei der Landtagswahl geht..... 3
ARBEIT..... 6
KINDER / Bildung..... 9
SICHERHEIT.....14
Chaos mit Rot-Rot20

Begrüßung / Worum es bei der Landtagswahl geht

Anrede,

es geht in diesem Jahr um eine Richtungsentscheidung in Nordrhein-Westfalen.

Es geht um Sicherheit und Stabilität mit der CDU und Jürgen Rüttgers oder Chaos mit Rot-Rot.

Es geht darum, ob wir eine Politik für die Mitte unserer Gesellschaft machen oder ob diese Mitte von Rot-Rot im Stich gelassen wird – die Familien, die Mittelständler, die Arbeitnehmer, die Menschen, die morgens früh aufstehen, hart arbeiten und den Wohlstand für alle erarbeiten, die ältere Generation, auf deren Leistung wir heute aufbauen.

Die SPD hat sich für einen Dauerwahlkampf in Nordrhein-Westfalen entschieden, da werden wir nicht mitmachen.

Wir können es uns in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht leisten, einen Dauerwahlkampf zu führen.

Die Menschen erwarten Antworten auf ihre Fragen und Lösungen für die Probleme.

Dafür wurden wir gewählt, das ist unsere dringendste Aufgabe.

Deshalb beginnt der Wahlkampf der CDU erst nach Ostern.

Mit Jürgen Rüttgers haben wir einen sehr erfolgreichen Ministerpräsidenten.

Er genießt über die Parteigrenzen hinweg ein hohes Ansehen bei den Menschen.

Jürgen Rüttgers verkörpert eine Politik, die wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Was Nordrhein-Westfalen ausmacht, ist, dass wir zusammenstehen wenn es ernst wird.

In dieser Zeit sind es kluge Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die das gesellschaftliche Gesamtinteresse in den Augen haben.

Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten, ja sogar die Möglichkeit, Mitarbeiter in der Branche an Firmen zu verleihen, wo es noch besser läuft, diese Flexibilität und die Betonung der Gemeinsamkeit, der gemeinsame Wunsch, die Leute in Arbeit zu halten, diese Stimmung hält den Laden zusammen.

Das sorgt für die Einheit der Gesellschaft.

Unsere Politik steht für einen Weg, der die Einheit der Gesellschaft bewahrt.

Unsere Politik ist die Politik der neuen Sicherheit und Solidarität.

„Neue Sicherheit und Solidarität“ – das ist die Überschrift unserer landespolitischen Leitsätze.

Neue Sicherheit und Solidarität sind die Voraussetzung dafür, die Einheit der Gesellschaft zu bewahren.

Neue Sicherheit heißt, dass die alten Sicherheiten nicht mehr gültig sind.

Die alte Sicherheit, der Staat regelt alles, gilt nicht mehr.

Der Staat hat sich vielfach übernommen.

Die alte Sicherheit, der Markt regelt alles, ist jüngst ad absurdum geführt worden.

Wir brauchen mehr Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Selbstverantwortung.

Aber dafür muss der Staat verlässliche Rahmenbedingungen schaffen.

Sicherheit, dass die Regeln Bestand haben.

ARBEIT

Für uns haben Arbeitsplätze oberste Priorität.

Unser Ziel ist es, Menschen in Arbeit zu bringen, und Menschen in Arbeit zu halten, insbesondere die Älteren.

Mit unserem Kombilohn-Modell haben wir über 12.000 Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive gegeben.

Im Jahr 2008 gab es im Jahresdurchschnitt 8,7 Millionen Erwerbstätige in NRW – das war ein neuer Rekordstand.

An unserem Programm der Bildungsschecks für lebenslanges Lernen, haben bereits über 250.000 Menschen erfolgreich teilgenommen.

Im Mai 2005 hatten wir noch über 1 Million Arbeitslose.
Heute sind es rund 280.000 weniger – trotz Krise.

Um zumindest Beschäftigungssicherheit für die meisten zu erreichen, müssen wir bei den jungen Menschen beginnen.

Mit unseren Partnern im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen haben wir 2007 ein umfassendes Konzept zur Berufsorientierung geschaffen.

Mit dem dritten Weg in die Berufsausbildung und dem Werkstattjahr geben wir allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive.

Seit 10 Jahren hatten wir keinen so niedrigen Stand mehr an Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz.

Das ist ein großer Erfolg.

Und so gehen wir auch mit der Wirtschafts- und Finanzkrise um.

Wir haben alles unternommen, um den mittelständischen Unternehmern zu helfen – nicht nur den Banken und Großunternehmen.

Bis zum Jahreswechsel haben mehr als 13.000 kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen die Förder-, Kredit- und Bürgschaftsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der NRW.Bank und der Bürgschaftsbank des Landes bzw. Landesbürgschaften in Anspruch genommen. 2,2 Milliarden Euro an Hilfen hat die NRW.Bank vergeben.

614 Millionen Euro an Bürgschaften hat das Land geleistet. Dadurch wurden mehr als 19.000 Arbeitsplätze gesichert. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket wurden zu 84 Prozent und ganz unbürokratisch an die Kommunen im Land weitergereicht.

Damit können der Mittelstand und das Handwerk Aufträge der Kommunen durchführen.

Wir kämpfen für den Erhalt der industriellen Basis und des Mittelstands in unserem Land.

Wir unterstützen die mittelständische Wirtschaft durch Bürokratieabbau.

Inzwischen haben wir 138 Behörden abgeschafft, kommunalisiert oder privatisiert.

In sechs Mittelstandspaketen haben wir seit der Regierungsübernahme rot-grüne Bürokratie ausgemistet.

Wir haben Planung erleichtert, die Gründungsberatung effizienter gemacht, das Tariftreuegesetz abgeschafft und die Vergaberegeln an die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft angepasst.

2008 und 2009 waren wir Gründerland Nr. 1 – trotz Krise.

KINDER / Bildung

Eine Politik der neuen Sicherheit heißt für uns auch, sozialen Aufstieg durch ein noch besseres Bildungssystem möglich zu machen.

Neue Sicherheit heißt auch Aufstieg möglich machen.

Das fängt bei den ganz Kleinen an.

Wir als CDU fühlen uns den Kindern besonders verpflichtet.

Es gibt Kinder in unserem Land, die kommen ohne Frühstück und ohne Pausenbrot in den Kindergarten oder in die Schule.

Und häufig bekommen diese Kinder dann auch keine warme Mahlzeit.

In einem Land in dem wir im Überfluss leben, ist es ein Skandal, dass einige unserer Kinder nicht genügend zu essen bekommen.

Kinderarmut dürfen wir nicht hinnehmen.

Kinderarmut werden wir nicht hinnehmen.

Deswegen setzen wir uns für die Ausweitung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder ein.

Wir haben den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ eingerichtet:

Für bisher über 80.000 Kinder.

Und wir werden im nächsten Jahr um 4,25 Millionen Euro weiter aufstocken, auf insgesamt 19,3 Millionen Euro.

Wir werden weiter dafür streiten, dass dieser Fonds bundesweit eingerichtet wird.

Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab, wir kämpfen dagegen.

Wir arbeiten mit den Familienzentren daran, dass die Betreuung und Beratung von Eltern noch besser wird.

Sie erhalten allein im nächsten Jahr zusätzlich 4,5 Millionen Euro.

Zum 1. August 2010 werden wir 2.818 Familienzentren eingerichtet haben.

Bis 2012 sollen es mindestens 3.000 sein.

Die Kinder müssen so viel Zuwendung wie möglich erfahren.

Wir müssen die Kinder vor Armut, Missbrauch und Verwahrlosung schützen.

Nur wenn einer Gesellschaft das gelingt, hat sie Zukunft.

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und Entfaltung.

Deshalb haben wir seit unserem Regierungsantritt 2005 rund 2,7 Milliarden Euro mehr für Kinder, Jugend und Bildung bereitgestellt.

Unser Etat für Bildung hat den höchsten Zuwachs aller Bundesländer.

Wir haben ihn von 36 auf 40 Prozent erhöht.

Mit unserem Kinderbildungsgesetz haben wir die frühkindliche Bildung erheblich verbessert.

In diesem Jahr legen wir hier noch einmal um 81,5 Millionen zu.

Wir haben die Betreuungssituation für Unterdreijährige deutlich verbessert.

Wir haben heute fast 75.000 Plätze mehr als 2005. Und wir werden sie weiter ausbauen – bis 2013 auf 144.000.

Während andere reden, handeln wir.

Wir wollen keine ideologische Gleichmacherei wie die Linken, sondern wir wollen die bestmögliche individuelle Förderung.

Deshalb bekennen wir uns zum gegliederten Schulsystem. Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden.

Seit Mai 2005 haben wir über 8.000 neue Lehrerstellen geschaffen.

Das sind mehr als 4 neue Lehrer pro Tag (4,45). Und zwar jeden Tag.

Auch Samstag, Sonntag und an den Feiertagen.

Rund um die Uhr.

Das bedeutet:

Wenn Sie morgens um sechs aufstehen, wird gerade wieder ein neuer Lehrer eingestellt.

Wenn Sie um zwölf Mittagspause haben, wird gerade der zweite Lehrer eingestellt.

Wenn Sie um sechs Uhr Abends Feierabend machen, wird gerade der dritte neue Lehrer eingestellt.

Und wenn Sie Mitternachts schlafen, wird gerade der vierte Lehrer eingestellt.

Das hat sich jetzt seit 2005 jeden Tag wiederholt.

Wir haben damit den Unterrichtsausfall halbiert.

Wir setzen auf individuelle Förderung und investieren in den Ausbau von Ganztagschulen.

Wir liegen jetzt schon, im Schuljahr 2009/2010, bei insgesamt 550.000 Plätzen.

Im nächsten Schuljahr 2010/2011 kommen noch einmal mehr als 56.000 Plätze hinzu.

Bei diesem Ausbautempo werden bis 2015 43 Prozent aller Kinder einen Ganztagsplatz nutzen können.

Die Quote derjenigen Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, ist seit dem Schuljahr 2004/2005 von 3,4 Prozent (das heißt 40.807 Schüler) auf aktuell 2,4 Prozent (das heißt 27.151 Schüler) gesunken.

Im dritten Jahr in Folge sank damit die Wiederholungsquote in allen Schulformen.

Die durch die CDU verankerte individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler wirkt.

SICHERHEIT

Wir stehen für soziale Sicherheit.

Die Menschen in unserem Land sollen sich wohlfühlen.

Dazu gehört auch, dass ihre Leistungen anerkannt werden.

Wir wollen, dass sich Leistung wieder lohnt und dass es dabei gerecht zugeht.

Deswegen war es richtig, dass wir uns gemeinsam mit Jürgen Rüttgers erfolgreich für die Verlängerung des Arbeitslosengeldes eingesetzt haben.

Wer länger einzahlt, muss auch länger raus bekommen.

Damit erkennen wir die Leistung derjenigen an, die viele Jahre gearbeitet haben.

Deswegen war es richtig, dass wir uns in den Koalitionsverhandlungen für die Erhöhung des Schonvermögens eingesetzt haben.

Wer für sein Alter vorgesorgt hat, darf im Fall der Arbeitslosigkeit nicht fast alles wieder verlieren.

Die private Altersvorsorge muss weiter gestärkt und darf nicht geschwächt werden.

Wir haben ein klares Profil: wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb helfen wir denen, die durch die Krise in Not geraten sind.

Wir als Union wollen Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards.

Wir stehen zur Sozialen Marktwirtschaft – einer Wirtschaftsordnung mit festen Regeln:

- Erarbeiten kommt vor Verteilen.
- Staatliche Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe.
- Keine Leistung ohne Gegenleistung desjenigen, der etwas leisten kann.
- Jeder bekommt eine Chance.
- Aber vor allem: Leistung muss sich lohnen.

Die Soziale Marktwirtschaft war immer mehr als eine Wirtschaftsordnung; sie ist eine Gesellschaftsordnung.

Eine Ordnung der Partnerschaft, in der Starke und Schwache zusammenhalten und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Eine Ordnung, in der der Mensch sich frei entfalten kann, aber den Risiken des Lebens nicht schutzlos ausgeliefert ist.

Deswegen machen wir eine Politik für die Mitte unserer Gesellschaft.

Denn die Krise wird zuallererst von den Menschen bewältigt, die durch ihren Fleiß, ihre Arbeit und ihren Einsatz unser Land voranbringen.

Deshalb setzen wir uns für den Zusammenhalt der Gesellschaft ein.

Wir wollen ein Miteinander von Starken und Schwachen, von Alt und Jung.

Wir sind aber auch die Partei der inneren Sicherheit.

Mit einer gut ausgestatteten und gut ausgebildeten, motivierten Polizei können die Menschen Vertrauen in ihre Sicherheit haben.

Seit 2008 werden jährlich 1.100 Polizeianwärter eingestellt.

Damit haben wir die Zahl mehr als verdoppelt.

Wir haben dafür gesorgt, dass 841 Stellen bei der Polizei erhalten bleiben, die Rot-Grün streichen wollte.

Wir haben erreicht, dass die Polizei wieder verstärkt dort eingesetzt wird, wo wir sie brauchen, nämlich vor Ort und damit bei den Menschen.

287 Stellen für Richter und Staatsanwälte haben wir erhalten oder neu geschaffen.

Gleichfalls haben wir 509 Stellen im Justizvollzug neu geschaffen oder erhalten.

So haben wir die Überlastung der Mitarbeiter abgebaut.

Die Anzahl der Haftplätze haben wir um 819 im geschlossenen Vollzug und 120 im offenen Vollzug erhöht.

Bis 2013 kommen noch mal über 1.000 Plätze hinzu.

Über 500 Polizisten zusätzlich gehen Streife.

Wir haben erreicht, dass sie wieder dort eingesetzt werden, wo wir sie brauchen:

Vor Ort und damit bei den Menschen unseres Landes.

Wir arbeiten daran, dass sich die Polizei in Zukunft noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.

Deshalb brauchen wir auch Angestellte im Polizeivollzugsdienst als Wachpolizei.

Diese sollen die Aufgaben des ständigen Objektschutzes übernehmen.

Damit entlasten wir die Polizeibeamten.

Wir halten Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten wie Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen für den richtigen Weg, um mehr Sicherheit zu schaffen.

So geben wir den Menschen ihre Plätze zurück.

Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass den Kommunen die Videoüberwachung des öffentlichen Raums gesetzlich ermöglicht wird, wo sie es wollen und im Rahmen des notwendigen Datenschutzes.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren die Bekämpfung der Jugendkriminalität zu einem Schwerpunktthema gemacht.

Das zeigen eine Vielzahl von Maßnahmen wie „Staatsanwalt vor Ort“, das Projekt „Gelbe Karte“ oder Intensivtäterprojekte.

Die Zahlen der verurteilten Jugendlichen sind allein von 2007 bis 2008 um 13,2 Prozent gesunken.

Aber wir wollen hier noch mehr tun.

Wir sind offen für neue Ideen.

Wir wollen den „Warnschussarrest“ ermöglichen.

Dadurch zeigen wir jugendlichen Wiederholungstätern, was der Strafvollzug tatsächlich bedeutet.

Damit wollen wir sie von weiteren Straftaten abhalten.

Wir unterstützen die Idee der „Erziehungscamps“.

Diese können helfen, jugendliche Straftäter dauerhaft aus ihrem kriminellen Milieu herauszuholen.

Das Zwischenfazit unserer Maßnahmen fällt positiv aus. Die meisten Maßnahmen sind umgesetzt und entfalten schon Wirkung.

Chaos mit Rot-Rot

Wir führen als einzige Partei in Nordrhein-Westfalen die Auseinandersetzung mit der Linkspartei.

Wir setzen uns mit den Inhalten der Linkspartei auseinander.

Die Linkspartei hat keine Antworten auf die politischen Herausforderungen unserer Zeit.

Mehr noch: Mit ihren haltlosen Versprechen betreibt sie eine unverantwortliche Politik.

Hier in Nordrhein-Westfalen kennen wir die Linkspartei inzwischen sehr gut:
sie sind Chaoten, Spalter und Radikale.

Die wollen, ich zitiere aus dem Strategiepapier der Linken NRW, „die reiche Klasse ökonomisch und ideologisch schwächen, um sie politisch zu besiegen“, Zitat Ende.

Die Linkspartei möchte unsere freiheitliche Grundordnung abschaffen und eine neue Gesellschaft errichten.

Wir werden das verhindern.

Das vorliegende Wahlprogramm der Linken steht für soziale Unruhen und eine Spaltung der Gesellschaft.

Was will die Linkspartei im Einzelnen?

Das Chaos-Programm:

1. Die Linke will alle – und ich betone alle – privaten Hausbesitzer enteignen.

Meine Damen und Herren,

es geht hier nicht um den Angriff der Linkspartei auf Besserverdienende.

Nein, auch „Oma ihr klein Häuschen“ und der Immobilienbesitz all´ derer, die ihn über Jahrzehnte abbezahlt haben um für das Alter vorzusorgen, soll verstaatlicht werden.

Eine solche Massenenteignung werden wir nicht zulassen.

2. Die Linke will die Gymnasien abschaffen.

Alle Kinder sollen auf eine Einheitsschule geschickt werden.

Damit werden die leistungsstarken Schüler geschwächt und die, die mehr Unterstützung bräuchten, aber nicht gestärkt.

Ich sage ihnen: Diese Gleichmacherei ist eine der unsozialsten Maßnahmen die für unser Schulsystem denkbar ist.

Wir werden das verhindern.

3. Die Linke will Haschisch freigeben, „Drogenkunde“ als Schulfach einführen und das Autofahren unter Drogeneinfluss erlauben.

Liebe Freunde,
ja sie haben richtig gehört.

Die wollen es zulassen, dass Haschisch-Rauchende Autofahrer legalisiert werden, Kinder Haschisch im Supermarkt kaufen können und das dann in der Schule lernen.

Ja wo sind wir denn?

Eine solche Politik wird es mit uns nicht geben.

4. Die Linke will Religion als verpflichtendes Unterrichtsfach abschaffen.

Die CDU lehnt jeden Kampf gegen unsere Kirchen ab. Wir wollen, dass unsere Kinder auch weiterhin religiös gebildet und werteorientiert erzogen werden.

Wir lassen es nicht zu, dass die Linke damit einen Boden bereitet für eine religionsfeindliche Gesellschaft.

5. Die Linke will Unternehmen verstaatlichen und so den Sozialismus einführen.

Eine Verstaatlichung von Betrieben hat nirgendwo auf der Welt zum Erfolg geführt.

Dieses System ist gescheitert, wir brauchen keine Neuauflage.

Das Ziel der Linkspartei ist klar:

Sie wollen unsere erfolgreiche soziale Marktwirtschaft abschaffen und eine längst abgestrafte, sozialistische Plan- und Kommandowirtschaft einführen.

Nordrhein-Westfalen ist kein Experimentierfeld für sozialistische Planspiele.

6. Die Linke will den Verfassungsschutz abschaffen.

Meine Damen und Herren,

der Plan ist mehr als durchsichtig.

Eine Partei, die selbst verfassungsfeindlich agiert, will die Institution abschaffen, die die Bevölkerung vor ihr schützt.

Die Linken wollen damit ihren propagierten Systemwechsel ungestört vollziehen.

Die Abschaffung des Verfassungsschutzes bedeutet eine Aufweichung der inneren Sicherheit, bei der Terroristen und Extremisten leichtes Spiel haben.

Das ist unverantwortlich.

7. Der Irrsinn des Forderungskataloges der Linken gipfelt in der Forderung nach einer neuen Gesellschaftsordnung. Die Linkspartei kämpft gegen unser politisches System und will Demokratie und Soziale Marktwirtschaft abschaffen. Damit zeigen die Linken zum wiederholten Male, wessen Geistes Kind sie sind.

Eine Partei mit einem solchen Programm ist nicht koalitions- und regierungsfähig.

Eine Chaos-Koalition unter Beteiligung der Linkspartei wäre ein Anschlag auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen und damit auf die Arbeitsplätze.

Bei der SPD laufen dennoch die Vorbereitungen für ein rot-rotes Bündnis.

Es ist an der Zeit, dass die SPD den Menschen reinen Wein einschenkt.

Die SPD muss den Menschen vor der Wahl sagen, was sie nach der Wahl plant.

Bei der SPD geht es wohl nur noch um Macht und nicht mehr um Moral.

Die Unterschiede sind klar:

Die CDU und Jürgen Rüttgers stehen für die Einheit der Gesellschaft.

Rot-Rot steht für die Spaltung der Gesellschaft.

Wir stehen für Stabilität,
die stehen für Chaos.

Wir stehen für Neue Sicherheit und Solidarität,
die stehen für Unsicherheit und Neid.

Deshalb:

Lassen Sie uns alle gemeinsam für eine starke CDU in Nordrhein-Westfalen kämpfen.

Wir haben allen Grund, selbstbewusst und optimistisch in den Wahlkampf zu gehen!

Herzlichen Dank!